

### **Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist eine Tradition, dass die für Pflege zuständigen Senatsmitglieder zu Beginn ihrer Amtszeit mit Ihnen diskutieren.

Einerseits Tradition – andererseits Fortschritt:

Pflege wird erstmals in der Bezeichnung einer Senatsverwaltung (Sen GPG) benannt – und wird in einer eigenständigen Abteilung Pflege bearbeitet.

Damit konzentrieren wir die bislang verteilten Zuständigkeiten in einer eigenständigen Abteilung.

Das ist auch Ausdruck davon, dass die neue Koalition die solidarische Stadt in den Mittelpunkt stellt – das gilt für alle Bereiche, eben auch für die Pflege.

- Derzeit sind rund 116.500 Berlinerinnen und Berliner pflegebedürftig. Zwei Drittel der Pflegebedürftigen sind Frauen.
- Bis 2030 wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen insgesamt auf etwa 170.000 ansteigen.
- Berlin wächst weiter - und wird gleichzeitig älter.
- Bevölkerungsprognose für Berlin: die Zahl der über 80-Jährigen steigt bis 2030 um 62%. Damit die Bevölkerungsgruppe, die in den nächsten Jahren prozentual am stärksten wachsen wird.
- Starke Unterschiede in den Bezirken: Die 5 Bezirke mit den höchsten Zuwachszahlen sind im Ostteil der Stadt, an der Spitze Pankow +16%, Treptow-Köpenick und Lichtenberg je +9,8% (Berlin gesamt: +7,5%)
- Über 75% der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, nur etwa 1/4 wird vollstationär gepflegt. Davon befinden sich fast alle Personen in vollstationärer Langzeitpflege.
- Der Senat hält am Grundsatz „ambulant statt stationär“ fest.
- 51% aller Pflegebedürftigen (bzw. 57.000 Menschen), werden ausschließlich durch Angehörige gepflegt.

Besonderheiten für die Pflege in Berlin:

- In Berlin finden gesellschaftliche Entwicklungen immer etwas früher und intensiver als anderswo statt
- Demografische Entwicklung findet so in keiner anderen deutschen Stadt statt
- Sexuelle und kulturelle Vielfalt ist einzigartig und muss stärker als anderswo berücksichtigt werden
- Metropolenfaktor: So viele Singlehaushalte wie sonst nirgends (54% aller Haushalte – Bund: 37%); das gilt auch für über 65-Jährige: 40,7% aller Haushalte in Berlin, Bund: 34%).

Pflege ist ein Gestaltungsressort. Rot-Rot-Grün bietet eine neue Chance, Pflege zu gestalten.

- Wir wollen Pflege aus Sicht der **116.500 Pflegebedürftigen** diskutieren: Wie kann die Landesebene weiterhin eine hohe Qualität für die Betroffenen sicherstellen?
- Eine zweite Zielgruppe sind die **42.020 professionellen Pflegekräfte** selbst: Was kann der Senat unternehmen, um in Zukunft genug Fachkräfte zu haben? Wie können wir gute Arbeit für sie möglich machen? Wie können wir die Wertschätzung und Attraktivität des Berufsbilds erhöhen?
- Und nicht zuletzt stehen die **mindestens 170.000 pflegenden Angehörigen**: Wie kann die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessert werden?

Diese Fragen werden in dieser Legislaturperiode in einem **Dialogprozess "Pflege 2030"** diskutiert werden.

Wir wollen alle Beteiligten dabei einbeziehen. Sie sind alle dazu herzlich eingeladen!

### **Pflege zu Hause**

Die große Mehrheit der Pflegebedürftigen will in der eigenen Wohnung gepflegt werden und in einem vertrauten Umfeld sein Leben selbstbestimmt gestalten.

Der Senat hält deshalb am Grundsatz "ambulant vor stationär" in der Pflege fest.

Um häusliche Pflege zu ermöglichen gibt es schon heute eine große Palette an Unterstützungsangeboten:

### **Pflegestützpunkte**

Das Land Berlin verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Informations- und Beratungsstellen und weiteren pflegeflankierenden Diensten.

- 35 Pflegestützpunkte in der ganzen Stadt – getragen vom Land und den Pflegekassen - unterstützen und beraten die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen wohnortnah.
- Knapp 43.000 Ratsuchende lassen sich dort jedes Jahr unabhängig und anbieterneutral informieren.

Erstmals wurden im vergangenen Jahr die Ratsuchenden nach ihrer Zufriedenheit mit der Beratung befragt. Die Befragung fand im vergangenen Jahr statt. 926 Ratsuchende in den Pflegestützpunkten nahmen an ihr teil.

Das Ergebnis ist sehr gut:

- 97,8% der Befragten sind mit der Kompetenz der Beraterinnen und Berater sehr zufrieden bis zufrieden (90,7% bzw. 7,1%).
- Mit der Passgenauigkeit der vermittelten Angebote und Informationen waren 95,8% sehr zufrieden bis zufrieden (82,6% bzw. 13,2%).
- 92,6% lobten die Unabhängigkeit der Beratung (82,2% sehr zufrieden, 10,4% zufrieden).

Ich will die Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Stützpunkte weiter erhöhen!

Denn der Informationsbedarf ist also sehr hoch.

Auch das neue Pflegestärkungsgesetz bringt viel Beratungsbedarf mit sich. Alleine in Berlin profitieren die Pflegebedürftigen von mehr als 200 Millionen Euro für zusätzliche Leistungen.

Information zu den neuen Einstufungen der Pflegegrade und die zusätzlichen Leistungen ist wichtig, damit die verfügbaren Mittel auch bei den Betroffenen ankommen!

Neben der Beratung in Pflegestützpunkten hat die Senatsverwaltung eine Broschüre zu Jahresbeginn veröffentlicht, die alle wichtigen Fragen zum neuen Pflegegesetz und der häuslichen Pflege beantwortet: **„Was ist, wenn...? 24 Fragen zur häuslichen Pflege“**. Die Broschüre ist in einer Auflage von 25.000 Exemplaren erschienen, u.a. an die Pflegestützpunkte verteilt worden. Sie liegt in 7 Sprachen online vor.

Mein Ziel für die Legislaturperiode ist die Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte:

- Dazu gehören längere Präsenzzeiten in den Stützpunkten und die Verbesserung der Sichtbarkeit und
- Auswertung und Weiterentwicklung der Pflege-Hotline
- Digitalisierung von Informationsangeboten und -wegen, Verbesserung der Kommunikationsarbeit

Dazu sind wir auch auf Ihre Anregungen angewiesen!

## **Pflegende Angehörige**

Pflege durch Angehörige ermöglicht den Verbleib im vertrauten Umfeld und die Aufrechterhaltung von sozialen Beziehungen.

Die Angehörigen sind unersetzliche Partner zur Sicherung des Pflegesystems – aber sie sind auch diejenigen, die am stärksten belastet sind.

Sie brauchen Wertschätzung und so viel Information, Beratung und Unterstützung wie nur möglich.

„Familie ist da, wie Kinder sind“ – ja, das ist nicht falsch.

Aber wir müssen weiterdenken: Familie ist auch dort, wo Eltern sind, um die sich gekümmert werden muss.

Das heißt: Wir müssen lernen, in Lebenslagen zu denken.

- Auch wenn wir schon Gesetze haben, die Lebenslagen abbilden sollen, sind wir gesellschaftlich noch lange nicht so weit.
- Da sind besonders Arbeitgeber, die Berliner Wirtschaft gefragt!

Berlin hat bereits ein gut strukturiertes und weit entwickeltes Unterstützungs- und Anerkennungssystem für pflegende Angehörige:

- Der „Maßnahmenplan pflegende Angehörige“ von 2015 ist ein aussagekräftiges Instrument zur Steuerung und Koordinierung sowie zum Monitoring dieses Prozesses - und ist hierbei bundesweit Vorreiter. Er bietet einen Überblick über

den aktuellen Stand des Unterstützungssystems und stellt Historie, Ressourcen, Probleme, Ziele und Handlungsbedarfe dar.

- Die Fachstelle für pflegende Angehörige in Berlin (finanziert durch SenGPG) unterstützt Angehörige, indem sie alle Akteure vernetzt, Unterstützungslücken identifiziert und die Würdigung von Angehörigen fördert.
- Zu den weiteren von SenGPG unterstützten Akteuren gehören die Fachstelle Menschenkind (Beratung von Familien mit pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen, ca. 3000 Beratungen/Jahr), die Kontaktstellen PflegeEngagement, das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung, das Kompetenzzentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe, die Mobilitätshilfedienste oder das Netzwerk palliative Geriatrie.

### **Vereinbarkeit Beruf und Pflege**

Aber die Unterstützung von pflegenden Angehörigen geht über Anerkennung hinaus. Entscheidend ist die Vereinbarkeit!

Einerseits konkrete gesetzliche Möglichkeiten, die in den vergangenen Jahren geschaffen wurden:

- Kurzzeitige Arbeitszeitverhinderung: Kurzfristige Freistellung von bis zu 10 Tagen für akute Pflegefälle
- Rechtsanspruch auf Pflegezeit: Vollständige oder teilweise Freistellung für bis zu 6 Monate
- Rechtsanspruch Familienpflegezeit: Für längere Pflegefälle bis zu 24 Monate teilweise Freistellung (Teilzeitarbeit)

In der Praxis gibt es allerdings noch viel Aufklärungsbedarf, gerade bei Arbeitgebern! Familienpflegezeit ist noch weitgehend unbekannt bei Arbeitgebern.

Andererseits sind Arbeitgeber gefordert, konkret die Vereinbarkeit zu unterstützen. Denn sie haben daran ein Eigeninteresse, um ihr Fachkräfte zu sichern!

- Meine Verwaltung hat als Arbeitgeber beispielsweise ein Eltern-Kindzimmer eingerichtet, damit auch tageweise Mitarbeitende ihr Kind mit zur Arbeit bringen können.
- Wir haben dann festgestellt: Nicht nur Kinder sind bei der Frage nach Vereinbarkeit zu berücksichtigen.
- Deshalb haben wir ein Familienzimmer eingerichtet, wo auch der Elternteil tageweise betreut werden kann.

Gerade Arbeitgeber müssen sich darauf einstellen, dass die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf immer wichtiger werden wird. Sie müssen konkrete Angebote für ihre Beschäftigten auflegen.

Diese gesellschaftliche Debatte müssen wir offensiv führen!

### **Würdigung – Anerkennungskultur**

Mit der „Woche der pflegenden Angehörigen“ und der Verleihung des „Berliner

Pflegebären“ hat Berlin bereits zwei innovative Instrumente zur Etablierung einer Anerkennungskultur geschaffen.

Der Berliner Familienbericht 2015 hat beide Instrumente als exemplarisches Beispiel für vorbildhaftes Engagement in Berlin gelobt.

- Mit der Ehrennadel „Berliner Pflegebär“ werden seit 2012 im Rahmen der zentralen Eröffnungsveranstaltung der Woche stellvertretend für alle Angehörigen in der Stadt zehn Angehörige bzw. Angehörigengruppen ausgezeichnet.  
Die Laudationen geben Einblicke in die jeweiligen Pflegezusammenhänge und stellen anschaulich dar, wie einzigartig jede Pflegesituation ist.
- Ich freue mich außerdem schon heute, im Mai 2017 die vierte "Woche der pflegenden Angehörigen" zu eröffnen.  
Die zentralen Veranstaltungen sind für die pflegenden Angehörigen kostenlos und werden zunehmend von Veranstaltungen in den Bezirken ergänzt.

## **Fachkräftesicherung**

Fachkräftesicherung ist die größte Herausforderung für die Pflege. Ohne Fachkräfte ist die Versorgung in Gefahr.

- Für Berlin werden durch den demografischen Wandel, die Fluktuation und durch altersbedingtes Ausscheiden bis 2030 mindestens 16.500 neue Fachkräfte benötigen.
- Ohne Gegensteuern bei der Ausbildung und Gewinnung von neuen Fachkräften werden bis dahin 6.300 Fachkräfte fehlen!

Schon heute massive Schwierigkeiten, Fachkräfte zu gewinnen:

- Auf 100 gemeldete offene Arbeitsstellen für Altenpflegefachkräfte rechnerisch lediglich 38 Arbeitsuchende (Herbst 2016).
- Die Altenpflege steht auf der Positivliste der Bundesagentur für Arbeit, auf der die Mangelberufe benannt werden.

Das wichtigste Ziel ist, die Ausbildungszahlen – die Ausbildungsstellen UND die Bewerberzahlen – durch gezielte Maßnahmen zu erhöhen.

- Als ersten Schritt hat der letzte Senat das Schulgeld für die Altenpflege übernommen.
- In einem zweiten Schritt streben wir zur weiteren Steigerung der Ausbildungszahlen eine branchenbezogene Ausbildungsplatzumlage an.

Ich sichere Ihnen heute zu: In dieser Legislaturperiode wird es in Berlin eine Ausbildungsplatzumlage geben.

- Wir werden zunächst abwarten, wie es mit dem Pflegeberufereformgesetz weitergeht. Wird es kommen? Wenn ja, in welcher Fassung? Wenn nein, welche Reformen erwarten uns von Seiten der Bundesregierung?

In voraussichtlich in einer Woche, nach dem Koalitionsausschuss, sind wir hoffentlich alle etwas schlauer.

- Die Bundesregierung hat zu Recht die Notwendigkeit erkannt, die Kosten der Ausbildung auf mehrere Schultern zu verteilen.
- Der Entwurf des Pflegeberufereformgesetzes sieht deshalb einen Ausbildungsfonds für das gesamte Berufsbild vor.
- Sollte der Bund das Gesetz nicht umsetzen, werden wir in Berlin mit der Umsetzung der Umlagefinanzierung auf Grundlage des Altenpflegegesetzes beginnen.
- Dazu werden wir ein Gutachten beauftragen und dann gemeinsam überlegen, wie die Umlagefinanzierung konkret umgesetzt werden kann.
- Wir werden uns natürlich eng mit Brandenburg abstimmen, um ein gemeinsames Vorgehen in der eng vernetzten Region zu gewährleisten.

Doch nicht nur die Zahlen der Absolventinnen und Absolventen müssen wir berücksichtigen.

Die Probleme sind bekannt:

- Viele junge Menschen haben keine oder eine falsche Vorstellung vom Berufsbild. Durch mehr Information, bessere Berufsorientierung und positive Beispiele können wir die Anreize erhöhen, dass junge Menschen sich für die Ausbildung entscheiden.
- Viel Luft nach oben bei der Vergütung: Altenpflegefachkräfte verdienen im Schnitt 25-30% weniger als Krankenpflegefachkräfte (Mediangehalt 2013: Krankenpflegefachkräfte 2.831 EUR, Altenpflegekräfte 2.271 EUR – Differenz Berlin ähnlich wie in allen anderen Ländern und im Bund).
- Geringe tarifvertragliche Bindung: Bis auf einige Wohlfahrtsverbände und die landeseigenen Betriebe sowie die „Arbeitsvertragsrichtlinien“ von Caritas und Diakonie besteht bei kaum einem Arbeitgeber ein Tarifvertrag. Vor allem ambulante, private Anbieter haben im Regelfall keine Tarifverträge.
- Erhebliche physische und psychische Belastungen für die Beschäftigten. Nur eine erschreckende Zahl: 44,2% der Beschäftigten in Alten- und Pflegeheimen weisen typische Burn-Out-Symptome (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin)
- Pflegekräfte haben eine Verweildauer von nur 8,6 Jahren in ihrem Beruf. Die Arbeitsbedingungen für Fachkräfte müssen sich deutlich verbessern, damit mehr Menschen für eine längere Zeit in ihrem Beruf arbeiten können und wollen.

Seit 2011 besteht die Berliner Qualitäts- und Qualifizierungsoffensive „Für ein gutes Leben im Alter in Berlin“. Die Initiative wird in der laufenden Legislaturperiode fortgeführt.

- Beteiligung anderer Senatsverwaltungen sowie rund zwanzig weiterer Akteure (Arbeitgeberverbände, Arbeitsagentur, Wohlfahrtsverbände, Kranken- und

Pflegekassen und Arbeitnehmervertretungen)

Das Bündnis verfolgt dabei vier Zielsetzungen:

- Mehr Fachkräfte durch Ausbildung und Qualifizierung, Befreiung vom Schulgeld,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z. B. durch eine angemessene Entlohnung,
- Höhere gesellschaftliche Wertschätzung für die Altenpflege,
- Bereitstellung eines adäquaten Angebots in der Altenpflege für die Vielfalt der Lebensentwürfe in Berlin.

## **Pflege 4.0**

Im Mai 2016 hat auf meine Initiative hin die Tagung des Berliner Bündnisses für Altenpflege in Kooperation mit dem Cluster Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg – HealthCapital stattgefunden [Titel „Pflege 4.0“ – Verändern Digitalisierung und intelligente Technik die Dienstleistung Pflege?].

- Bei der Pflege 4.0 geht es um den Wandel der Arbeitsbedingungen in der Pflege.
- Es geht um die Chancen und die Herausforderungen, die der zukünftig steigende Einsatz digitaler Technik in der Pflege mit sich bringen wird.
- Der rasante Fortschritt technischer Innovationen in der Informations- und Kommunikationstechnologie, in der Sensorik und der Robotertechnik wirft die Frage auf, wie einzelne Dienstleistungen in der Pflege unterstützt oder effizienter gemacht werden können.

Um eines darf es in der Debatte nicht gehen: Um den Ersatz von Pflegefachkräften!

Technik muss dem Menschen dienen – nicht andersherum!  
Effizienzgewinne gibt es dort, wo Menschen für Menschen da sind.

Konkret bedeutet das:

- Assistierte Systeme oder Robotik können Pflegekräfte dabei unterstützen, z.B. schwere körperliche Arbeiten einfacher zu verrichten, indem sie die Pflegebedürftigen heben.
- Technik kann künftig noch stärker die Lebensqualität von Pflegebedürftigen verbessern. Sie kann dazu beitragen, dass Pflegebedürftige länger selbstbestimmt zu Hause leben können.

Digitalisierung muss den Pflegebedürftigen und den Fachkräften zu Gute kommen, sie darf nicht verstanden werden als Rationalisierungsmöglichkeit!

Deshalb muss Technik auch mit den Beschäftigten und mit den Pflegebedürftigen gemeinsam entwickelt werden.

Keine Pflegekraft braucht einen Roboter, den sie nicht intuitiv und gut bedienen kann.  
Kein Pflegebedürftiger braucht assistierende Systeme zur Erleichterung des Alltags, wenn diese unheimlich wirken und deshalb in der Ecke verstauben.

Das ist die Botschaft, mit der wir in den kommenden Monaten Expertengespräche führen werden:

- mit Pflegekräften und Anbietern,
- mit Gewerkschaften und Arbeitgebern,
- mit den Anbietern und Verbänden,
- mit Vertretern aus Wissenschaft und natürlich aus der Wirtschaft